

# Sozialistische Opposition nötig – in der Gesellschaft und in der Partei DIE LINKE.

Mit Hinweis auf die hohen Umfragewerte und den Einzug in die Bremer Bürgerschaft wird die Fusion von WASG und Linkspartei.PDS von beiden Parteiführungen als Erfolg präsentiert. Tatsächlich verbindet ein Teil der Bevölkerung die Hoffnung mit der neuen Partei, dass eine linke politische Alternative zum neoliberalen Einheitsbrei der etablierten bürgerlichen Parteien entsteht. Doch je näher man an die Partei(en) heran kommt, desto geringer die Begeisterung für das neue Projekt. Es gibt kein Wachstum der aktiven Mitgliedschaft, keine wirkungsvollen Kampagnen, keine lebendige

Kapitalismus eine sozialistische Alternative entgegen zu setzen.

## Schritt in die falsche Richtung

Die Gründung der WASG markierte einen großen Fortschritt für die Linke. Sie war die Chance eine Partei aufzubauen, die tatsächlich konsequente Interessenvertretung für Lohnabhängige, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen betreibt. Sie hatte eine enge Verbindung zu BasisaktivistInnen in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, es gab Begeisterung und Aufbruchstimmung. Vor allem aber zog sie eine Lehre aus der Rechtsentwick-

radezu vorauseilendem gehorsam gegenüber dem Kapitalismus in Kommunal- und Landesregierungen eingetreten und hat eine Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen.

Die WASG mag auf dem Papier nicht sozialistisch gewesen sein. Aber sie war trotzdem die fortschrittliche Kraft im Vergleich zur L.PDS, weil sie sich eindeutig auf der Seite der von Sozialabbau und Lohndrückerei Betroffenen positionierte und weil sie das Potenzial beinhaltete, ein Forum für AktivistInnen zur Debatte über Alternativen zum Kapitalismus zu sein und sich in eine linke, sozialistische Richtung zu entwickeln. Gleichzeitig war der keynesianisch-marktwirtschaftliche Charakter des WASG-Programms eine Ursache für die relative Leichtigkeit, mit der der Anpassungsprozess sich vollziehen konnte.

Die neuen programmatischen Eckpunkte markieren für beide Parteien einen Schritt nach Rechts in entscheidenden Fragen: die WASG akzeptiert Regierungsbeteiligungen und verwässerte, vage Opposition zu Privatisierungen; die L.PDS entfernt sich noch weiter von sozialistischen Prinzipien. Entscheidend für die praktische Politik der neuen Partei wird das Bekenntnis zu Privateigentum und Markt sein.

Die Hoffnung, dass Oskar Lafontaine eine linke Politik entsprechend der von ihm oftmals propagierten „Haltelinien“ auch in die Praxis umsetzt, wurde im Berliner Abgeordnetenhauswahlkampf und seitdem enttäuscht. Er unterstützt nicht nur offen die Koalition der Linkspartei.PDS mit der SPD in Berlin, sondern orientiert auch generell auf Regierungsbeteiligungen mit der SPD, zum Beispiel im Saarland nach den nächsten Landtagswahlen.

## Bürokratismus

Die neue Partei wird dominiert sein von den Abgeordneten und hauptamtlichen MitarbeiterInnen der Parlamentsfraktionen, von kommunalen MandatsträgerInnen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird weitgehend von oben nach unten funktio-



*Viele Linke kämpfen außerhalb der LINKEN – hier gegen G8*

Mitgliederdemokratie. Im Gegenteil: der WASG-Führung ist es gelungen auf dem Weg in die fusionierte Partei die Mehrheit der Mitglieder hinter sich zu lassen. Nicht einmal die Hälfte beteiligte sich an der bundesweiten Urabstimmung zur Fusion, viele sind schon ausgetreten oder haben sich in die Passivität zurück gezogen. In der Linkspartei.PDS dominieren ohnehin die Funktionäre, Hauptamtlichen und MandatsträgerInnen. Diesen ist es in ihrer bürokratischen Art gelungen, sogar den Jugend- und Studierendenverbänden der neuen Partei auf ihren Gründungskongressen den rebellischen Geist zu nehmen und sie von der Partei abhängig zu machen, statt auf die Unabhängigkeit und die Opposition der Jugend zu setzen, wie es in der Arbeiterbewegung Tradition war, als diese noch sozialistisch war.

Und die programmatischen Eckpunkte strotzen nur so von vagen Formulierungen und sind keine Basis, um der Krise des

lung von SPD, Grünen und Linkspartei.PDS und lehnte Regierungsbeteiligungen, die zu Sozialabbau und Privatisierungen führen auf allen Ebenen ab. Mit der Vereinigung mit der Linkspartei.PDS wird dieser Grundsatz über Bord geworfen und macht sich die neue Partei die Politik und Praxis der „Mitgestaltung“ der L.PDS zu eigen. Wie diese Mitgestaltung aussieht kann man seit Jahren bei der Zustimmung der L.PDS in Stadträten und Landesregierungen zu Privatisierungen, Ein-Euro-Jobs und Personalabbau im öffentlichen Dienst beobachten. Da, wo die L.PDS dazu die Möglichkeit hatte, ist sie in ge-

**Kontakt: 030 / 247 238 02 • [info@sav-online.de](mailto:info@sav-online.de)**  
**SAV Sozialistische Alternative**  
**[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)**

nieren und nicht umgekehrt. Die Tatsache, dass es keine wirkungsvolle Trennung von Amt und Mandat geben wird, lässt darauf schließen, dass sich die in der L.PDS herrschenden Verhältnisse in der fusionierten Partei reproduzieren werden. Die WASG hatte ja auch spätestens seit dem Ludwigs-hafener Parteitag eine Bürokratisierung im Eiltempo nachvollzogen.

### Für eine sozialistische Arbeiterpartei!

SAV-Mitglieder haben von Beginn an die WASG mit aufgebaut und haben uns für eine offene, demokratische, kämpferisch und sozialistische Partei eingesetzt. Eine solche Partei ist weiterhin dringend nötig. Nur eine Partei, die ihren Schwerpunkt in der Organisation und Unterstützung von sozialen Bewegungen, Selbstorganisation von Beschäftigten und Erwerbslosen, Streiks und Demonstrationen sieht wird einen Beitrag zu tatsächlicher gesellschaftlicher Veränderung leisten können. Dazu ist ebenso ein Programm nötig, dass nicht im Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse verharrt, sondern diese nicht als Grenze ihrer Politik akzeptiert und konsequent für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft eintritt. Denn ohne die Eigentumsfrage mit der Forderung nach Überführung der großen Banken und Konzerne und der privatisierten Bereiche in öffentliches Eigentum zu beantworten, ist eine linke Politik nicht zu machen.

### Opposition nötig

Die Führung der neuen Partei orientiert auf Regierungsbeteiligungen in weiteren Ländern und auch auf Bundesebene. Diesem Kurs müssen sich antikapitalistische

Parteimitglieder durch eine organisierte sozialistische Opposition entgegen stellen. Doch eine solche Opposition muss linke AktivistInnen einbeziehen, die sich der neuen Partei nicht anschließen und sie darf sich nicht auf innerparteiliche Arbeit beschränken. DIE LINKE repräsentiert nicht die Linke in Deutschland. Tausende AktivistInnen aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sind enttäuscht von der Ausrichtung der neuen Partei und schließen sich ihr nicht an. Deshalb tritt die SAV für die Bildung eines oppositionellen Netzwerks ein, das Aktive innerhalb und außerhalb der neuen Partei zusammen bringt. Ob die neue Partei nach links verändert werden kann, hängt vor allem davon ab, ob eine größere Zahl von ArbeiterInnen und Jugendlichen den Weg in die Partei finden werden. Das ist unwahrscheinlich. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, dass ein solcher Prozess auf der Basis größerer verallgemeinerter Klassenkämpfe einsetzen kann.

Im Westen wird DIE LINKE einen anderen Charakter haben, als im Osten. Im Westen ist sie eine linke, oppositionelle Partei – obwohl in vielen Städten die Stadträte auch schon in Richtung Zusammenarbeit mit SPD und Grünen schielen. Hier werden SAV-Mitglieder, da wo es Sinn macht, gemeinsam mit anderen antikapitalistischen Mitgliedern für eine wirklich sozialistische Politik in der Partei eintreten.

Im Osten ist DIE LINKE eine Partei des Establishments und der Verwaltung des Kapitalismus. Insbesondere in Berlin, aber auch in anderen Ost-Kommunen, erleben Beschäftigte und Jugendliche die LINKE als Gegnerin in gesellschaftlichen

Auseinandersetzungen und werden nicht auf die Idee kommen, sich ihr anzuschließen. Die Partei ist hier fest im Griff des Apparates und sie ist kein Platz, in dem erfolgreich für linke Politik gestritten werden könnte. Deshalb werden SAV-Mitglieder in Berlin und Ostdeutschland die Fusion nicht mitmachen. In Berlin beteiligt sich die SAV an der Nachfolgeorganisation des WASG-Landesverbandes, der Berliner Alternative für Solidarität und Gegenwehr (BASG). Diese stellt einen sinnvollen Ansatz zum Aufbau einer linken und sozialen politischen Opposition in der Hauptstadt dar.

Die entscheidende Aufgabe für linke AktivistInnen ist es aber, den Widerstand in Betrieben, auf der Straße und in den Schulen und Hochschulen aufzubauen und hier die Selbstorganisation der Betroffenen voran zu treiben. Aus diesem Widerstand wird sich Druck auf DIE LINKE entfalten können und werden neue Ansätze und Debatten entstehen, die den Weg zu einer wirklich sozialistischen Arbeiterpartei frei machen werden.

Die Erfahrung der letzten zwei Jahre hat aber auch die Bedeutung einer marxistischen Organisation gezeigt. Die SAV konnte eine wichtige Rolle dabei spielen, den innerparteilichen Widerstand gegen die Anpassung der WASG an die L.PDS zu formieren. Je stärker und organisierter die MarxistInnen in der Zukunft sein werden, desto größer die Chance, dass die nächsten Anläufe zu einer kämpferischen linken Partei erfolgreich sein werden. Deshalb: unterstütze die SAV durch eine regelmäßige Spende oder ein Abonnement unserer Zeitung Solidarität – oder: mach' bei uns mit!

# Mach mit bei den SozialistInnen!

- Ich möchte **weitere Informationen** über euch.
- Ich möchte die **sozialismus.info** - Magazin für marxistische Theorie und Praxis abonnieren. Erscheint halbjährlich.
- Ich möchte die **solidarität - SOZIALISTISCHE ZEITUNG** abonnieren. Erscheint monatlich.

Kosten und Bedingungen für ein Abo: 15 € für ein Jahr (Zeitung) bzw. für 4 Ausgaben (Magazin) innerhalb Deutschlands, 20 € für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.

- Ich will Mitglied der SAV werden.

**Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 €/ 20 €/ 30 €/ 40 € von meinem Konto einzuziehen.**

Name KontoinhaberIn ..... Kontonummer .....

Bank ..... Bankleitzahl .....

Name ..... Straße .....

Datum ..... Unterschrift .....

Postleitzahl und Ort ..... Telefon/Email .....

**Bitte senden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder Fax: (030) 24 72 38 04**